

Signatur: 2025.SR.0051
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Nik Eugster (FDP), Simone Richner (FDP), Georg Häsler (FDP)
Mitunterzeichnende: Chantal Perriard, Thomas Hofstetter, Oliver Berger
Einreichtdatum: 27. Februar 2025

Interpellation: Kulturkommission Bern – Transparenz, Fairness und Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Hatespeech Fragen

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Zusammenarbeit und Kommunikationskultur
 - 1.1. Klima der Zusammenarbeit
 - Wie schätzt der Gemeinderat das Klima der Zusammenarbeit in der Kulturkommission ein?
 - Welche Massnahmen wurden oder werden ergriffen, um ein konstruktives, transparentes und respektvolles Arbeitsklima zu fördern?
 - 1.2. Umgang mit Vorwürfen und Konflikten
 - Hat der Gemeinderat Kenntnis von Vorwürfen zu Rassismus, Antisemitismus und Hatespeech im Umfeld der Kulturkommission?
 - Wenn Ja, welche konkreten Schritte wurden unternommen, um diese Vorwürfe zu untersuchen und aufzuarbeiten?
 - Welche disziplinarischen Massnahmen sind vorgesehen, sollten sich die Vorwürfe bestätigen?
 - Ist eine Suspendierung des betreffenden Kommissionsmitglieds während der laufenden Untersuchungen geplant, um eine unvoreingenommene Klärung zu gewährleisten?
2. Entscheidungsfindung und Transparenz
 - 2.1. Transparenz der Entscheidungsprozesse
 - Wie bewertet der Gemeinderat die Auswirkungen der neuen Organisationsstruktur auf die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsfindung?
 - Wie wird sichergestellt, dass Förderentscheide nach fachlichen Kriterien und nicht nach persönlichen Präferenzen oder Netzwerken getroffen werden?
 - 2.2. Einfluss von persönlichen und ideologischen Überzeugungen
 - Wie gewährleistet der Gemeinderat, dass die Vergabe von Fördergeldern transparent, objektiv und frei von identitätspolitischen Überlegungen erfolgt?
 - Inwiefern wird geprüft, ob persönliche Ansichten oder ideologische Überzeugungen der Kommissionsmitglieder die Entscheidungsfindung beeinflussen?
 - Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass alle Kulturschaffenden unabhängig von politischen Überzeugungen oder Herkunft fair behandelt und ihre Gesuche objektiv geprüft werden?
3. Identitätspolitik und Diversitätsförderung
 - 3.1. Identitätspolitische Einflüsse und künstlerische Vielfalt
 - Inwieweit spielen identitätspolitische Überlegungen bei der Vergabe von Fördermitteln eine Rolle?
 - Wie wird sichergestellt, dass künstlerische Qualität und Vielfalt weiterhin zentrale Kriterien bleiben und nicht zugunsten identitätspolitischer Aspekte in den Hintergrund treten?
 - Wie interpretiert und gewichtet der Gemeinderat, den in der neuen Kulturbotschaft betonten, Diversitätsanspruch in Bezug auf die Förderpraxis?
4. Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Hatespeech
 - 4.1. Konsequenzen und Leitlinien bei Fehlverhalten

- Verfügt der Gemeinderat über klare Leitlinien oder Kriterien, wann ein Ausschluss aus der Kulturkommission aufgrund von öffentlichem Fehlverhalten oder diskriminierenden Äusserungen erfolgt?
 - Welche weiteren Schritte plant der Gemeinderat, um sicherzustellen, dass diskriminierende oder einschüchternde Verhaltensweisen in der Kulturkommission konsequent geahndet werden?
5. Externe Interventionen und Transparenz der Aufarbeitung
- 5.1. Auswahl und Unabhängigkeit externer Fachpersonen
- Nach welchen Kriterien wurden die externen Fachpersonen zur Untersuchung der Vorwürfe ausgewählt?
 - Wie wird deren Unabhängigkeit und Expertise sichergestellt?
- 5.2. Ergebnisse und Transparenz
- In welchem Rahmen und in welcher Form werden die Ergebnisse der Untersuchung veröffentlicht?
 - Welche Kosten sind durch die Hinzuziehung externer Fachpersonen entstanden?
 - Welche Erkenntnisse und Verbesserungsmaßnahmen resultieren aus den Untersuchungen und werden in die zukünftige Arbeit der Kulturkommission integriert?

Begründung

In einem Schreiben vom 17. November 2024 haben Kulturschaffende an Stadtpräsidentin Marieke Kruit Kritik an der aktuellen Kulturpolitik geäussert. Besonders die Einführung von Mindestgagen und die Abschaffung der Fachkommissionen werfen Fragen zur Transparenz, Fairness und Effektivität der Förderpraxis auf. Am 22. Januar 2025 berichteten Berner Zeitung/ Der Bund über Antisemitismus- und Rassismusrwürfe sowie Hatespeech im Umfeld der Kulturkommission, die von Stadtpräsidentin Marieke Kruit bestätigt wurden. Daraufhin wurden externe Fachpersonen aus den Bereichen Konfliktcoaching, Mediation sowie Umgang mit Rassismus und Antisemitismus beigezogen. Vor diesem Hintergrund stellen sich grundlegende Fragen zur Kultur der Zusammenarbeit, zu Entscheidungsprozessen und Transparenz, zur Rolle identitätspolitischer Einflüsse sowie zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Hatespeech in der Kulturkommission.

«Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.»